Deutscher Bundestag **Drucksache 19/6816**

19. Wahlperiode 03.01.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen (24. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Kühn (Tübingen), Daniela Wagner, Stefan Schmidt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 19/4549 –

Sofortprogramm Wohnoffensive – Mieten bremsen, nachhaltig bauen

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Familien und Haushalte beim Wohnen stärker zu entlasten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags

D. Kosten

Für die im Antrag geforderte Durchführung des Programms „Faire Wärme“ sind jährlich 7 Mrd. Euro zu veranschlagen. Weitere Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/4549 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Kai Wegner
Berichterstatter

Ulli Nissen
Berichterstatterin

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Kai Wegner, Ulli Nissen, Udo Theodor Hemmelgarn, Daniel Föst, Caren Lay und Christian Kühn (Tübingen)

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/4549** wurde in der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Familien und Haushalte beim Wohnen zu entlasten, indem sie

1. bezahlbare Wohnungen und faire Mieten sichert;

2. mit modernen Gebäuden Zukunftsfähigkeit sichert;

3. die Möglichkeit eröffnet, fair in die eigenen vier Wände zu kommen;

4. Raum für Neu- und Ausbauten schafft;

5. Wohnen im ländlichen Raum attraktiv und lebendig gestaltet.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 29. Sitzung am 12. Dezember 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/4549 empfohlen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 26. Sitzung am 12. Dezember 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/4549 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 26. Sitzung am 12. Dezember 2018 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/4549 empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat den Antrag auf Bundestagsdrucksache 19/4549 in seiner 12. Sitzung am 12. Dezember 2018 abschließend behandelt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erläuterte, dass die Kernforderung im Sofortprogramm die Einführung einer neuen Gemeinnützigkeit sei. Diese sei elementarer Bestandteil einer Wohnungspolitik, die die dauerhafte Bezahlbarkeit von Wohnungen im Blick habe. Dies zeige auch das Beispiel Wien. In Deutschland sinke dagegen der Bestand an Sozialwohnungen immer weiter, da die Bindungsfristen ausliefen. Der Weg, diese Negativspirale zu stoppen, sei die neue Gemeinnützigkeit. Die Beschlüsse der letzten Zeit, einschließlich der Entscheidungen auf dem Wohngipfel, hätten jedenfalls an der derzeitigen Situation nichts grundlegend geändert.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstrich, dass es bereits ein Sofortprogramm gebe, nämlich dasjenige, welches auf dem Wohngipfel beschlossen worden sei. Dort habe man sich etwa auf Maßnahmen zur Förderung von Investitionen, zur Dämpfung der Mietpreise und Baukosten und zur Fachkräftesicherung geeinigt. Diese Punkte gelte es jetzt abzuarbeiten, weitere Maßnahmen würden sicherlich folgen. Das Thema Bindungsfristen beim sozialen Wohnungsbau sei zweifelsohne wichtig, hier seien aber in erster Linie die Länder in der Verantwortung. Insgesamt lehne die Fraktion den Antrag ab.

Die **Fraktion der AfD** kritisierte, dass die Antragstellerin offenbar immer noch glaube, dass die Probleme des Wohnungsmarktes mit mehr Regulierung gelöst werden könnten. Die Mietpreisbremse habe in den letzten Jahren nichts gebracht und werde auch in verschärfter Form nichts bringen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer solle abgeschafft werden, womit diese Steuer auch der großen Gruppe der Klein- und Kleinstvermieter aufgebürdet werde. Dies werde die Konzentrationsprozesse auf dem Wohnungsmarkt zugunsten von Großunternehmen weiter verstärken. Weiter blockiere die Weigerung, sich bei den energetischen Standards auf ein sinnvolles Maß zu beschränken, die Schaffung preiswerten Wohnraums. Ferner solle das Problem der hohen Erwerbsnebenkosten einseitig zu Lasten der Makler gelöst werden. Schließlich werde im Antrag übersehen, dass sich eine Stärkung des ländlichen Raumes nicht ohne das Auto erreichen lasse.

Die **Fraktion der SPD** betonte ebenfalls, dass viele Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht worden seien. So gebe es nun etwa eine Kappung der Modernisierungsumlage auf zwei bzw. drei Euro pro Quadratmeter bei einer Miete von bis zu sieben Euro pro Quadratmeter bzw. über sieben Euro. Zudem wolle man den Referenzzeitraum des Mietspiegels verlängern und den Anstieg der Bestandsmieten dämpfen sowie die Eigenbedarfskündigung erschweren.

Die **Fraktion der FDP** bemängelte, dass im Antrag an keiner Stelle darauf eingegangen werde, wo die 7 Mrd. Euro für das geforderte Programm „Faire Wärme“ und die Gelder für die zahlreichen anderen Forderungen herkommen sollten. Das Wohngeld müsse zwar angepasst werden, eine Verdoppelung des Wohngeldes sei jedoch zu pauschal. Kritisch zu sehen sei auch, dass einerseits mehr altersgerechte Modernisierungen gefordert würden, anderseits aber die Umlagefähigkeit bei Modernisierungen und bei der Grundsteuer gestrichen werden solle. Dass man den Vermietern dadurch Milliarden entziehe, werde die Umsetzung der notwendigen Modernisierungen sicher nicht fördern. Schließlich sei der Antrag zu sehr von der Vorstellung geprägt, dass das Problem einfach wegreguliert werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, dass sie den grundsätzlichen Ansatz im Antrag teile. Die Deckelung der Mieten und die Schaffung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit seien der richtige Weg. Wichtige Punkte wie die komplette Abschaffung der Modernisierungsumlage fehlten zwar, der Antrag sei aber ein Schritt in die richtige Richtung.

Im Ergebnis empfahl der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Bundestagsdrucksache 19/4549.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Berlin, den 12. Dezember 2018

Kai Wegner
Berichterstatter

Ulli Nissen
Berichterstatterin

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Caren Lay
Berichterstatterin

Christian Kühn (Tübingen)
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.